

**Vereinbarung
zwischen
Bündnis 90/ Die Grünen Charlottenburg-Wilmersdorf
und der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf
zur Wahl der Mitglieder des Bezirksamtes und
zu kommunalpolitischen Schwerpunkten in der III. Wahlperiode**

A. Wahl des Vorstands der BVV und des Bezirksamts

- Bündnis 90/ Die Grünen und SPD bilden eine Zählgemeinschaft zur Wahl der Bezirksbürgermeisterin auf Vorschlag der SPD.
- Die Parteien stellen sicher, dass die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten für das Bezirksamt von ihren beiden Fraktionen in voller Stimmstärke gewählt werden.
- Bündnis 90/ Die Grünen und SPD streben eine zügige Bezirksamtsbildung an. Die Wahl der Bezirksbürgermeisterin und zweier weiterer Bezirksamtsmitglieder findet am 26.10.2006 statt. Die Wahl der weiteren Bezirksamtsmitglieder erfolgt in Absprache mit den anderen am Bezirksamt beteiligten Fraktionen.
- Bündnis 90/ Die Grünen und SPD unterstützen das Vorschlagsrecht der stärksten Fraktion für die Funktion der BV-Vorsteherin. Sie unterstützen die Wahl ihrer Kandidatinnen und Kandidaten für den Vorstand der BVV.

B. Bildung des Bezirksamtes

Die Mitglieder der beteiligten Parteien im zukünftigen Bezirksamt unterstützen einen gemeinsamen Vorschlag zur Ressortverteilung.

Weitere Geschäftsverteilung Bezirksamt

Die übrige Ressortverteilung erfolgt auf Vorschlag der Bezirksbürgermeisterin. Über den Vorschlag wird zuvor Einvernehmen zwischen den Kooperationspartnern hergestellt.

C. Verfahrensregelungen

- Die Bezirksamts-Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen und SPD konsultieren sich zu strittigen Fragen im Bezirksamt.
- Die Mitglieder des Bezirksamtes handeln für ihr Ressort eigenverantwortlich, unbeschadet der Auskunfts- und Informationsrechte der Bezirksbürgermeisterin entsprechend der Geschäftsordnung des BA.
- Die beteiligten Partner sind sich darüber einig, dass die Fraktionen hinsichtlich ihrer Entscheidungen in politisch unterschiedlich bewerteten Fragen in der BVV weiterhin frei sind. Ziel ist aber ein gemeinsames Vorgehen in der BVV und ihren Ausschüssen. Dies gilt insbesondere für die unter D. vereinbarten Punkte.
- Die beteiligten Parteien/Fraktionen vereinbaren ein angemessenes und rechtzeitiges Krisenmanagement.

- Die Stichstimme der Bezirksbürgermeisterin wird nur im Einvernehmen mit den beiden Vertragspartnern eingesetzt.
- Die beteiligten Fraktionen verständigen sich darauf, dass der Vorsitz des Bauleitplanungsausschusses von Bündnis 90/Die Grünen besetzt wird.
- Bei der I-Planung verständigen sich die Fraktionen über gemeinsame Prioritäten. Dem Kinder-, Jugend- und Schulbereich soll dabei größere Priorität eingeräumt werden.

D. Kommunalpolitische Schwerpunkte

Die beteiligten Parteien/ Fraktionen haben in vielen Schwerpunktbereichen gleichgerichtete politische Zielsetzungen. Nachfolgende Auflistung umfasst daher einige herausgehobene Fragen sowie Bereiche, in denen in der Vergangenheit unterschiedliche Positionen eingenommen wurden. Für die Bereiche „Bau und Stadtplanung“ wird nach dem Vorbild des Bereichs „Kinder- und Jugendpolitik“ eine regelmäßige Gesprächsrunde der Fachpolitiker/innen unter Einbeziehung des Fraktionsvorstands eingerichtet. Die Teilnahme von Vertreter/innen der jeweiligen Parteivorstände auf Kreisebene ist jederzeit möglich, auf Wunsch einer der Vertragsparteien wird sie sichergestellt. Falls in anderen Arbeitsbereichen der Wunsch oder die Notwendigkeit zur Einrichtung solcher Gesprächsrunden besteht, wird dies von den Kooperationspartnern gemeinsam umgesetzt.

Baupolitik

Das Bebauungsplanverfahren für den Güterbahnhof Halensee wird gestoppt. Die Vertragsparteien werden in Zusammenarbeit mit den Anwohner/innen, Gewerbetreibenden vor Ort und im Umfeld und mit dem Eigentümer kleinteiligere Lösungen (bis max. 20.000 m² Brutto-Geschoßfläche) anstreben, die die Verkehrsbelastung vertretbar halten und eine umfeldverträgliche städtebauliche Konzeption für den Standort sicherstellen.

Im Bereich Gerhart-Hauptmann-Anlage werden Planungen für eine Randbebauung nicht weiter verfolgt. In einem Abstimmungsverfahren mit den Anliegern werden neue Varianten zur Verbesserung der städtebaulichen Situation bei gleichzeitiger Sicherung der Erholungsfunktion erarbeitet.

Grundsätzlich sind Kleingärten als innerstädtische Grünflächen zu erhalten. Sofern eine Bebauung der Kleingartenkolonie Württembergische Strasse erfolgen muss, wird eine reine Wohnnutzung als Blockranderschließung vorgenommen. Die Grünzugverbindung vom Preußenpark zum Olivaer Platz bleibt einschl. einer öffentlichen Durchwegung erhalten.

Wohnsicherungspläne: Prioritäre Bearbeitung und Festsetzung der entsprechenden Text-Bebauungspläne mit dem Ziel der langfristigen Sicherung von Wohnraum

Die Fraktionen setzen sich ein für eine Aufwertung der City-West. Dazu wird im Rahmen eines Projekts unter Einbeziehung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein Konzept für den Standort City-West entwickelt, das den Senat in die Verantwortung einbindet. Dies umfasst die Erhöhung der Lebensqualität, den Erhalt der Kudammtheater sowie des Kinostandes Zoopalast und die Stärkung des Boulevardcharakter des Kurfürstendamms durch Unterstützung der vorhandenen Kinos u.ä., um eine abendliche Verödung zu verhindern sowie den Einsatz für den Erhalt des Bahnhof Zoo als Fernbahnhof.

Die Fraktionen streben eine Stärkung der Stadtplätze zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität an. Dazu zählt insbesondere die Aufwertung des Lehniner Platzes, des Agathe-Lasch-Platzes, des Adenauerplatzes, des Holtzendorffplatzes und des Rankeplatzes. Die Gestaltung (Grünplanung) des Stuttgarter Platzes ist nach den neuen, mit der Bürgerinitiative abgestimmten Plänen zügig umzusetzen.

Die Renaturierung des Teufelsberg wird vorangetrieben, ebenso die Erstellung eines Gesamtkonzepts für den Bereich der Abhöranlage (Denkmal, Museum o.ä.).

Bürgerbeteiligung

Die Fraktionen wollen die Bürgerbeteiligung ausweiten durch Einberufung regelmäßiger Regionalkonferenzen unter Einbeziehung örtlicher Akteurinnen und Akteure, Vor-Ort-Sprechstunden werden vom Bezirksamt abgehalten.

Im Bezirk wird beginnend mit dem Haushaltsjahr 2008 schrittweise ein Bürgerhaushalt nach Lichtenberger Vorbild eingeführt. Ziel sind Transparenz und Verständlichkeit des Haushalts sowie eine relevante und aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Die beiden Fraktionen und ihre Bezirksamtsmitglieder werden den Prozess aktiv unterstützen. An einer Ausweitung des Modellprojektes durch die Senatsverwaltung wird sich der Bezirk beteiligen. Der Ansatz des Genderbudgeting wird konsequent fortgesetzt.

Kultur

Das bezirkliche Kulturkonzept wird fortgeschrieben, die dezentrale Kulturarbeit wird gestärkt und es wird angestrebt, alle Kultureinrichtungen zu erhalten.

Die Bibliotheken sollen zu bezirklichen Kultureinrichtungen ausgebaut. Ein Denkmalbeirat wird eingeführt.

Jugend und Schule

Kinder- und Jugendschutz sind Schwerpunkte der rot-grünen Jugendpolitik. Im Rahmen der wichtigen Sozialraumorientierung wird auf Kinderschutz und die Intensivierung der Zusammenarbeit von Jugend und Schule besonderer Wert gelegt. In beiden Bereichen sollte verstärkt ressortübergreifend präventiv gearbeitet werden. Eine vom Bezirksamt in Abstimmung mit den Fraktionen definierte Stellen- und Mittelausstattung wird von beiden Fraktionen im Benehmen gesichert.

Das Kinder- und Jugendparlament erhält Antragsrecht gegenüber der BVV. Zu Beschlussempfehlungen, die auf entsprechenden Anträgen beruhen, erhält das Kinder- und Jugendparlament auch Rederecht.

Die räumlichen/personellen Betreuungsdefizite im Schulhortbereich werden baldmöglichst ggf. durch temporäre Kooperationsvereinbarungen beseitigt.

Im Bereich der Jugendeinrichtungen ist über die Sicherung der bestehenden Einrichtungen hinaus nach neuen Wegen zu suchen, um z.B. in Zusammenarbeit mit freien Trägern, Schulen und Kirchengemeinden Angebote für Jugendliche wohnortnah vorhalten zu können.

Soziales

Im Bezirk wird der Einstieg in einen dauerhaft geförderten zweiten Arbeitsmarkt begonnen. Dazu wird sich das Bezirksamt gemeinsam mit dem JobCenter beim Senat dafür einsetzen, am Modellvorhaben des Landes Berlin beteiligt zu werden.

Die Arbeit des bezirklichen Drogenmobils/ Streetworkprojekt wird Mitte 2007 durch die fachliche zuständige Abteilung bewertet und bei positivem Ergebnis 2008 fortgeführt.

Der Bezirk setzt sich beim Senat dafür ein, dass bei der Neuverteilung der Mittel des PEP (Psychiatrieentwicklungsplanes) die bezirklichen Sucht- und Drogenprojekte weiter finanziert werden.

Die Kältehilfeprojekte und der Seelingtreff/die Stadtmission werden weiter finanziert.

Die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle wird möglichst in vollem Umfang erhalten. Das Bezirksamt wird private Mittel bei Banken, Mobilfunkanbietern u.ä. einwerben, um Projekte gegen die steigende Verschuldung von Jugendlichen zu finanzieren.

Wirtschaft

Es ist ein Einzelhandelskonzept, basierend auf den Ergebnissen der Geschäftsstraßenberichte zu erstellen. Ziel ist es u.a., weitere Discounterkonzentrationen außerhalb der Nahversorgungszentren zu verhindern. Die Stadtteilzentren sollen gestärkt werden. Insbesondere für Geschäftsstraßen in prekärer Situation sind Lösungskonzepte auch abteilungsübergreifend zu erarbeiten. Die verstärkte Inanspruchnahme von EU-, Bundes- und Landesmitteln ist zu prüfen.

Das Haus Cumberland soll wieder Hotelstandort werden.

Verkehr/ Parkraumbewirtschaftung

Die Teufelsseechaussee wird als Fahrradstrasse ausgewiesen und gestaltet, für die Havelchaussee wird dies nach erfolgreicher Einführung auch geprüft, die weitere Einrichtung von Fahrradstreifen wird vorangetrieben.

Die Ausweitung von Fahrradstreifen und Fußgängerüberwegen erfolgt u.a. im Bereich Wintersteinstr., Sömmeringstr., Lise-Meitner-Str. und Schlüterstr.

Tempo 30 soll zur Reduzierung von Lärm und Unfallgefahr vor Schulen/Kindergärten und in Wohngebieten zur Erhöhung der Lebensqualität vor allem an folgenden Straßen eingeführt werden: Joachim-Friedrichstr., Gützelstr. und Württembergische Str.

Sofern die erforderliche Stimmenzahl für die Durchführung eines Bürgerbegehrens gegen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung erreicht wird, wird das Bezirksamt dieses durchführen und dabei seine Position für die umwelt- und verkehrspolitischen Vorteile

gegenüber der Bevölkerung verdeutlichen. Das Votum eines Bürgerbegehrens wird akzeptiert. Im Falle einer Ablehnung oder falls das Quorum für die Durchführung des Bürgerbegehrens nicht erreicht wird, wird zügig mit der Umsetzung der drei neuen Parkraumbewirtschaftungszonen, wie im Gutachten vorgeschlagen, begonnen.

Ziel ist es, langfristig einen Modal Split von 80/20 im Bezirk zu erreichen. Dazu sind bei Neuinvestitionen Stellplatzgenehmigungen so zu gestalten, dass dieses Ziel erreicht wird.

Natur/ Umwelt

Anzustrebende Projekte im Bereich Natur:

- Fennsee – nach Sanierung Wiederherstellung des Gartendenkmales
- Volkspark Jungfernheide, Wiederherstellung der ursprünglichen Spielwiese
- Lietzenseepark, Umgestaltung des Eingangsbereiches, Wiederherstellung kleine Kaskade

Städtepartnerschaften

Städtepartnerschaften werden nur im Einvernehmen mit beiden Fraktionen eingegangen. Anzustreben ist ein Konsens in der BVV.

Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf, 25.10.2006

Für Bündnis 90/Die Grünen

Für die SPD

Rüdiger von der Forst - Kreisvorstand -

Christian Gaebler – Kreisvorstand -

Andreas Koska - Kreisvorstand -

Frédéric Verrycken - Fraktionsvorsitzender -

Sibylle Centgraf - Fraktionsvorsitzende -